

„VÖZ-Mitglieder sind nicht bereit, nachzugeben“

Anlässlich der aktuellen Geschehnisse bat **medianet** den VÖZ-Präsidenten Markus Mair zu einem Gespräch zum Thema Interventionen, Inserate & Co.

••• Von Dinko Fejzuli

Im Zuge der Hausdurchsuchungen in Kanzleramt und ÖVP-Zentrale wurde eine politische Lawine losgetreten, die vom Verdacht der Untreue, Bestechlichkeit und Bestechung bis hin zum Rücktritt des Bundeskanzlers Sebastian Kurz reichte. Unter anderem ermittelt die WKStA wegen des Verdachts des Lancierens manipulierter Umfragen in heimischen Medien, was wiederum die heimischen Medienmacher in den Fokus der Causa rückte.

medianet nahm dies zum Anlass und bat den VÖZ-Präsidenten Markus Mair um seine Einschätzung der Lage.

medianet: Herr Präsident, im Sog der Ermittlungen gegen unter anderem Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz steht wieder die Inseratenvergabe der Bundesregierung im Fokus der Kritik. Wie beurteilen Sie die aktuelle Causa und wie sehr schaden solche Schlagzeilen auch der Glaubwürdigkeit der Medien?

Markus Mair: Die Entwicklungen der letzten Tage haben sicherlich dazu beigetragen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik, aber auch in Medien erschüttert wurde. Ich denke allerdings, dass es sich dabei um spezifische Erscheinungen handelt und man nicht den Fehler begehen darf, jetzt alles über einen Kamm zu scheren.

Das Aufdecken von Missständen ohne Einschränkung sowie kritische Berichterstattung, die sich ethischen Grundsätzen verpflichtet fühlt, sind unverzichtbare Leistungen der pub-

lizistischen Medien für unsere demokratische Gesellschaft. Das muss auch weiterhin unser unverrückbarer Anspruch bleiben und wird auch heute in einem hohen Ausmaß erfüllt. Davon getrennt zu betrachten sind Themen wie staatliche Presseförderung und öffentliche Werbeschaltungen, die nicht in Verbindung mit der Berichterstattung stehen. Kooperationen mit Meinungsforschungsin-

„Kooperationen mit Meinungsforschungsinstituten, die sich jeglicher Transparenz entziehen, sind kritisch zu hinterfragen.“

Markus Mair
VÖZ-Präsident

tuten, die sich jeglicher Transparenz entziehen, wie es offenbar der Fall war, sind ohnedies – unabhängig von einer strafrechtlichen Komponente – kritisch zu hinterfragen.

medianet: Werden Sie die aktuellen Geschehnisse nutzen, um unter Umständen mit dem neuen Bundeskanzler nicht nur die Inseraten-Vergabepaxis der Bundesregierung, sondern auch mit Nachdruck eine bessere Do-

tierung die Presseförderung zu diskutieren und was wäre Ihr Vorschlag für eine objektive Vergabe der sogenannten Regierungsinserate?

Mair: Mit Sicherheit werden wir das Gespräch mit dem neuen Bundeskanzler suchen. Wir werden sowohl beim Thema Medientransparenz, bei dem der VÖZ seinerzeit im Interesse der gesamten Branche eine Lösung erwirkt hatte, weitergehende

medianet: Vor geraumer Zeit machte der Vorwurf Ihres ehemaligen Styria-Vorgängers und nunmehrigen VGN-Eigentümers Horst Pirker Schlagzeilen, als er quasi die Omertà brach und über einen Umstand berichtete, der in der Branche mehr oder weniger als ein öffentliches Geheimnis gehandelt wird, dass nämlich aufgrund kritischer Artikel – in diesem Fall im Zusammenhang mit dem Finanz-



© Nicholas Martin/balguide

Verbesserungsvorschläge machen. Denn ich bin überzeugt: An der Schnittstelle öffentliche Hand und Medien darf in keinster Weise der Eindruck entstehen, dass es zu einer Vermengung von Interessen kommt. Die Reform und Aufstockung der Presseförderung, ebenfalls seit vielen Jahren ein Anliegen unseres Verbandes, ist selbstverständlich auch ein Thema. Vorschläge zur Reform gibt es unsererseits genug.

ministerium – das komplette Anzeigenvolumen des BMF bei der VGN gestrichen wurde. Sind Ihnen solche Praktiken auch in anderen Fällen bekannt und hatte man schon in der Styria oder anderen VÖZ-Mitgliedern damit zu tun?

Mair: Selbstverständlich gibt es immer wieder Diskussionen mit Werbekunden – nebenbei bemerkt nicht nur mit der öffentlichen Hand –, die sich durch die Berichterstattung nicht